

## Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten

3. Eberfeld, 16. Mai.

Um Aufklärung über die Arbeitsfähigkeit der Kriegsbeschädigten und über die Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu verbreiten, berief der Bergische Verein für Gemeinwohl eine außerordentliche Versammlung in die Stadthalle in Eberfeld. Der Vorsitzende Geh. Kommerzienrat Gustav Blank (Eberfeld) konnte eine zahlreiche Zuhörerschaft begrüßen. Mit den meisten Mitgliedern des Zentralvorstandes hatten sich viele Freunde der Bestrebungen des Vereins und Vertreter von Militär- und Zivilbehörden eingefunden; ihnen reichte sich eine namhafte Zahl Verwundeter verschiedener Dienstgrade an. Geheimrat Prof. Dr. Witzel (Düsseldorf) begründete in seinem Vortrage über ärztliche und gewerbliche Fürsorge für unsere Kriegsinvaliden aus seiner Erfahrung heraus die Auffassung, daß bei den dauernd Beschädigten die Wiederaufnahme einer geregelten Arbeit einen Teil des Heilverfahrens selbst bilden und dieses Verfahren seinen Abschluß im Lazarett finden müsse. Es seien nun überall in den Städten Stellen für Berufsberatung eingerichtet worden. Der erste Berufsberater aber müsse für den Verwundeten immer sein Arzt sein. Der Arzt solle sich beim Verband und der sonstigen Behandlung von dem Verwundeten erzählen lassen, was er früher gearbeitet und auch, was er früher gewünscht, aber nicht erreicht habe. Unter keinen Umständen dürfe bei dem dauernd Beschädigten der Gedanke an bleibende Arbeitsunfähigkeit aufkommen, das gebe es nicht. Auch eine Rentenfrage dürfe bei dem Beschädigten nicht aufkommen und dürfe ihm auch nicht von anderer Seite beigebracht werden. Der Gewinn aus dem mit Mühe Hinzugelerten und beruflich dann Ausgeübten dürfe auf den Ehrensold keinen Einfluß haben; der Ehrensold müsse dem Beschädigten immer ungeschmälert erhalten bleiben. Ferner solle mit allen Mitteln angestrebt werden, daß der Invalide in seinem Berufe bleiben oder wenigstens bei seinem Material, so daß höchstens nur eine Berufsveränderung eintrete und die früheren Material- und Betriebskenntnisse verwertet werden könnten. Einem Berufswechsel nach der Richtung von Stellen, wie Pfortner, Bote, Schreiber müsse von vornherein entgegengetreten werden. Der Arzt müsse auch das Rezept für die praktische Arbeit und die technische Ausbildung aufstellen. Sache des technischen Leiters in der Invalidenfürsorge sei es dann, die Durchführung dieses Rezeptes zu erzielen. Lehrreiche Beispiele seien dafür die Lazarette des Phönix und der Firma Jagenberg in Düsseldorf. Eine ganz besondere Fürsorge erwiesen die Heeresverwaltung und alle anderen Kreise den Amputierten. Es müsse eingestanden werden, daß die Erfahrungen der Ärzte in der Behandlung von Stümpfen und von Prothesen (Ersatzgliedern der Glieder) noch verhältnismäßig sehr gering seien. Die Ärzte müßten diese Behandlung studieren und probieren, und die Verwundeten müßten sie lernen. Nichts sei verwickelter, kostspieliger und verdrießlicher als zu spät unternommene Reparaturen der künstlichen Glieder. J. B. habe bei den Handamputierten das Hauptbemühen dahin zu gehen, besonders gute und zweckmäßige Auswechslungsstücke für die Prothese zu finden. Durch eine planmäßige, weitschauende Fürsorge wolle man die invaliden Volksgenossen zu arbeitsfähigen und -frohen Menschen machen; sie dürften nicht durch den Empfang von Almosen für sich und andere entwürdigt werden. Viele Wege führten zu dem Ziele, aber alle Bemühungen und Bestrebungen nach dieser Richtung müßten einheitlich zusammengefaßt werden. Wenn wir unsern dauernd Kriegsbeschädigten Arbeit verschafften und sie über jede Sorge stellten, ehrten wir uns selbst.

Welche Schwierigkeiten sich der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten entgegenstellten, war in dem zweiten Vortrage, dem des Landesrats Dr. Schellmann (Düsseldorf) dargestellt. Die erste Schwierigkeit liege darin, daß es sich um Leute handele, die der mili-

tärischen Aufsicht unterständen. Militärische Rücksichten brächten aber Verhältnisse mit sich, die einer wirklichen Berufsberatung entgegengekehrt seien. Hier seien schon Erleichterungen eingetreten, und an dem guten Willen der Militärbehörden fehle es nicht. Eine weitere Schwierigkeit sei der Umstand, daß zu viele Helfer und Helferinnen zu viele Spezialisten ihre Dienste anböten. Es sei kein Zweifel, daß alle Vorschläge aus bestem Herzen kämen. Man dürfe aber nicht mit Versuchen vorgehen, sondern nur mit richtiger und schneller Anwendung unserer in langer Erfahrung gewonnenen Mittel. In dieses Gebiet gehöre auch die in einem Aufruf in Zeitungen angekündigte Gründung von Heldenheimen. Das widerspreche unmittelbar den Zielen einer wirklichen Fürsorge. Wir sollten die Verletzten nicht zu einer besondern Menschenklasse machen, sondern sie wieder mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten unter der Allgemeinheit verschwinden lassen. In einer Versammlung der deutschen Versicherungsanstalten habe sich auch der Vertreter des Kriegsministeriums entschieden gegen die Gründung von Heldenheimen ausgesprochen. Eine andere Schwierigkeit werde sich bei der Unterbringung der Kriegsbeschädigten ergeben. Bei allem guten Willen der Arbeitgeber würden doch oft die Verhältnisse stärker sein. Viele Arbeitgeber hätten neue Betriebsarten eingerichtet; sie könnten auch nicht sofort alle inzwischen angenommenen Arbeiter entlassen. Vieles werde auch vom Geld- und Arbeitsmarkt abhängen. Die Gefahr einer andern Schwierigkeit sei in den Kreisen der Arbeitsgenossen, der Vorarbeiter und Meister vorhanden. Die Vorarbeiter und Meister würden sich daran gewöhnen müssen, daß sie Kriegsbeschädigte nicht nur annehmen, sondern auch für die Wiedererlangung ihrer alten Arbeitsfreudigkeit sorgen und darum auf diese Leute Rücksicht nehmen und die Stelle eine ständige werden lassen. Die Vorarbeiter und Mitarbeiter dürften ihre Hilfe für die Kriegsbeschädigten nicht auf die Zeit der ersten Begeisterung beschränken, sondern müßten diese Hilfe auch in spätern Jahren erhalten. Auch erwache noch eine Schwierigkeit durch die Vorstellungen des Kriegsbeschädigten über seine Rente. Das sei der Inhalt seines Lebens geworden. Da entstünden unvernünftige Vorstellungen, und Bemühungen, den Verletzten zur Einsicht zu bringen, seien vergebens. Wir müßten immer wieder betonen, daß das Beste, was wir den Beschädigten geben wollten, nicht die Beschaffung einer Rente sei, sondern ein viel höheres Mittel ihm die Erhaltung oder Wiederbeschaffung seiner Arbeitskraft zu sichern, um ihn zu einem vollen Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu machen und als solches zu erhalten. In der Rheinprovinz werde alles geschehen, um die Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu lösen. Vor allem aber müßten die Ortsausschüsse zweckentsprechend tätig sein. Hierzu müßten sich Persönlichkeiten finden, die mit den Orts- und Personenverhältnissen vertraut seien und sich selbstlos dieser Arbeit hingäben. Dazu gehörten Menschen mit ganz gesundem sozialen Menschenverstand. Nichts Schlimmeres könnte einem Kriegsbeschädigten begegnen, als in eine Anstalt, möge sie einen noch so pompösen Namen tragen, aufgenommen und bis an sein Lebensende dort gefüttert zu werden. Ein glücklicher und zufriedener Mensch solle und müsse er wieder werden. Diese Aufgaben wollen wir lösen.

In der Aussprache teilte Landesrat Dr. Horion, der bei der Rheinischen Provinzialverwaltung die Arbeiten in der Fürsorge für Kriegsbeschädigte im Auftrag des Landeshauptmanns leitet, aus seinen Beobachtungen in vielen Städten mit, daß die Fälle, in denen Kriegsbeschädigte im Lazarett so vorbereitet würden, daß sie von da unmittelbar in Arbeit kämen, sehr selten seien. In den meisten Fällen käme der Kriegsbeschädigte erst nach Hause ohne bestimmten Entschluß. Das habe seine besondern Gründe. Die Rente werde erst festgesetzt, wenn der Beschädigte aus dem Lazarett entlassen sei, und bis die Rente festgesetzt sei, gehe der ganze Gedankengang des Kriegsbeschädigten auf die Rente. Aus dieser Zeit der Rentenpsychose heraus werde die Arbeit nicht gern aufgenommen. Der Landeshauptmann habe ihn beauftragt, hier einem Irrtum entgegenzutreten. Wenn nämlich die Provinzialverwaltung die Fürsorge übernehme, so wolle sie von der Mitarbeit anderer nicht absehen. Gerade hier sei sie auf die Mitarbeit weitester Kreise angewiesen und suche die Mitarbeit solcher Kreise wie des Bergischen Vereins für Gemeinwohl. Die Fürsorge bestche auch weniger darin, dem Kriegsbeschädigten zu raten, sondern auch dafür zu sorgen, daß er dem Räte folge. Was die Kosten der Fürsorge anbelange, so habe der Provinzialausschuß sich dahin schlüssig gemacht, daß besonders allen örtlichen Organisationen sämtliche durch die Berufsberatung entstehenden Barauslagen erstattet werden. In den letzten Tagen habe das stellvertretende Generalkommando die Bezirkskommandos angewiesen, den Ortsausschüssen der Fürsorge sämtliche Namen der Kriegsbeschädigten, die in den Bezirk entlassen wurden, mitzuteilen. Das sei für die Fürsorge eine sehr große Erleichterung. Diese Kriegsbeschädigten sollen von einem geschickten Berufsberater sofort in ihrer Wohnung aufgesucht werden.

Der Generaloberarzt beim Generalkommando des VII. Armeekorps Dr. Hähner gab einige Zahlen über dauernd Kriegsbeschädigte im Bereich des VII. Armeekorps (Provinz Westfalen und Regierungsbezirk Düsseldorf). Bisher gebe es in diesem großen Bezirk an 900 Amputierte; die Mehrzahl, etwa 500, sei an den untern Gliedmaßen und etwa 400 an den obern Gliedmaßen amputiert, von den letztern an 200 rechtsseitig und an 200 linksseitig. An beiderseitiger Amputation geben es 2 Fälle an den Beinen und 4 an den obern Gliedmaßen. Über die Frage der Tätigkeit der Berufsberater war Dr. Hähner der Ansicht, daß die Militärbehörde in dieser Sache die Initiative an die Hand des Arztes habe legen müssen. Die Ärzte bestimten, wo ein Verletzter sich befinde, der für die Berufsberatung geeignet erscheine; dies werde dann dem Berufsberater mitgeteilt, und für die Beratung werde ein eigenes Zimmer bereitgestellt. Es sei ganz unglücklich, wie wenig die Leute vor einer größern Korona mit Mitteilungen über ihr Wissen und ihr Können aus sich herausgingen. In der Aussprache wurde noch von einem Redner darauf hingewiesen, daß die Militärverwaltung selbst Kriegsbeschädigte, die noch in ihrem Berufe zu verwenden seien, nach ihrer Entlassung aus dem Lazarett in ihrem Berufe beim Militär beschäftige, so Maurer, Schreiner, Schlosser, Mechaniker usw. Das sei außerordentlich zu begrüßen.